

## Bündnis 31. Januar

### **Kritik des zentralen Aufrufs zu den Demonstrationen vom 12. Juni 2010 in Berlin und Stuttgart (“Wir zahlen nicht für Eure Krise”)**

Wir halten die Inhalte zentraler Aufrufe für wichtig. Uns geht es nicht darum, in Krümeln herumzusuchen, sondern Klarheit über die Ursachen der Krise und die notwendigen Forderungen und Konsequenzen zu schaffen. Da wir den Aufruf nicht für bedeutungslos halten, konnten wir ihn angesichts der im Folgenden geschilderten Mängel auch nicht unterschreiben. Auseinandersetzung tut not, nicht das Vertuschen von Widersprüchen. In diesem Sinne hoffen wir auf Reaktionen.

#### **Zunächst zu den Forderungen:**

Wir begrüßen es, dass im Gegensatz zum Aufruf zum 28. März 2009 die Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn, nach Arbeitszeitverkürzung und nach einem höheren Eckregelsatz konkretisiert worden sind und sich der weit verbreiteten Triade 10/30/500 deutlich annähern. Der Aufruf vom 28.3.2009 bezeichnete diesbezügliche Forderungen noch als “Schritte auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft”. Auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise und des zugrundeliegenden Privateigentums an den Produktionsmitteln kann das nur heißen: eine Gesellschaft, in der Lohnarbeit und Kapital versöhnt sind. Auf die Formel von der “solidarischen Gesellschaft” verzichtet der jetzige Aufruf dankenswerterweise. Allerdings können die Verfasser des Aufrufs nicht darauf verzichten, den Forderungen Wirkungen anzudichten, die sie gar nicht haben können.

“Lohndumping beenden – gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro die Stunde (lohnsteuerfrei)”

Der gesetzliche Mindestlohn soll demnach das Lohndumping beenden, obwohl er das Lohndumping nur einschränkt. Lohndumping besteht auch nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns weiter, vor allem weil die Arbeitskraft nach wie vor eine Ware ist, die auf dem Arbeitsmarkt verkauft werden muss. Die Konkurrenz der Warenverkäufer muss, insbesondere wenn die Ware Arbeitskraft im Überfluss vorhanden ist, zu Lohndumping führen. Die Konkurrenz wirkt nicht nur national, sondern durch die Freizügigkeit verschärft auch im Rahmen der EU und durch weltweite Hungerlöhne international.

“... Statt Massenarbeitslosigkeit Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich (Ziel: 30-Stunden-Woche) ...”

Die Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich wird in dieser Form alternativ zur Massenarbeitslosigkeit gestellt, soll diese also beseitigen. Eine drastische Arbeitszeitverkürzung würde die Massenarbeitslosigkeit aber

bestenfalls zeitweise reduzieren, sie aber nicht abschaffen. Die Arbeitslosigkeit ist nicht die Folge einer “zu langen Arbeitszeit”, sondern der Produktivitätsentwicklung unter kapitalistischen Bedingungen, verschärft durch Überproduktionskrisen. Die Arbeitslosigkeit kann also u.U. auch dann steigen, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird.

Diese beiden Forderungen sind in dieser Form scheinradikal und idealistisch. Ihnen wird die Fähigkeit zugeschrieben, einen Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit und Lohndumping zu schaffen. Damit taucht hinterrücks wieder der “solidarische Kapitalismus” auf, der die Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander beseitigen kann, ohne den Warencharakter der Arbeitskraft abzuschaffen.

Völlig verwirrt dagegen ist die Neuerfindung der Forderung nach einer Erhöhung des Eckregelsatzes.

“Statt Hartz IV eine Grundsicherung von 500 Euro Eckregelsatz ohne Repressionen, Abschaffung der Agenda 2010”.

Eine Grundsicherung nur auf der Basis eines Eckregelsatzes stellt eine deutliche Kürzung der Hartz IV-Leistungen dar, da zu einer Grundsicherung immer auch die Warmmiete gehört. Ohne es zu wollen, wird eine Kürzung *gefordert*. Eine Grundsicherung von 500 Euro Eckregelsatz **statt** Hartz IV ist ein Widerspruch in sich, denn einen Eckregelsatz gibt es nur auf der Grundlage von Hartz IV/Sozialhilfe. Im übrigen heißt Hartz IV offiziell Grundsicherung für Arbeitssuchende. Wie kann man ernsthaft fordern, dass eine Grundsicherung auf der Basis eines Eckregelsatzes von 359 Euro und Warmmiete durch eine Grundsicherung auf der Basis eines Eckregelsatzes von 500 Euro ersetzt wird? Hinter der radikalen Formel “Weg mit Hartz IV” verbirgt sich tiefe Unkenntnis über Hartz IV.

Die ungewollt geforderte Kürzung soll aber wenigstens “repressionsfrei” sein. Ohne Zweifel ist es richtig, gegen Repressionen zu kämpfen. Was aber sind Repressionen? Manche verstehen darunter die Bedürftigkeitsprüfung, die Prüfung von Einkommen und Vermögen. Wäre das gemeint, würde sich die 500 Euro Eckregelsatz-Forderung in eine Vorstufe zum bedingungslosen Grundeinkommen verwandeln.

Es wäre besser, die Repressionen, die bekämpft werden müssen, konkret zu benennen, z.B. die sanktionsbewehrten Bestimmungen über die Zumutbarkeit von Lohnarbeit. Vom bürgerlichen Staat zu fordern, dass er – selbst ungeachtet möglicher missbräuchlicher Erschleichung – direkte oder indirekte Transferleistungen grundsätzlich “repressionsfrei” auszuzahlen habe, ist illusionär. Fordert man das nicht, schwächt man den Kampf gegen Repressionen. Die 500 Euro -Eckregelsatz-Forderung sollte aus all diesen Gründen nicht mit der zu allgemeinen Zusatzbedingung “ohne Repression” versehen werden. Ohne dass man sich dessen bewusst ist, stellen sich diejenigen, die repressionsfreie Hartz IV-Leistungen fordern, einen bürgerlichen Staat vor, der

gegenüber Erwerbslosen seinen unterdrückenden Charakter aufgeben könnte. Hartz IV ist ein Gesetz, das vom Bundestag im Interesse des Kapitals verabschiedet wurde, um Löhne zu drücken und den Lebensstandard von Erwerbslosen zu verschlechtern. Die Arbeitsagenturen sind die staatlichen Behörden, die das durchsetzen. Eine repressionsfreie Behörde eines bürgerlichen Staates zu fordern, ist ein Widerspruch in sich. Im übrigen sind alle Staaten grundsätzlich Repressionsinstrumente, egal auf welcher ökonomischen Grundlage sie existieren.

Der Forderungskatalog steht unter dem richtigen Motto: "Die Verursacher der Krise müssen zahlen". Die Frage ist nur, wer die Verursacher sind und wie sie zahlen sollen. Auf eine konkrete Forderung zur Erhöhung der Körperschaftsteuer und der Vermögensteuer wird verzichtet, ebenfalls bei der Finanztransaktionssteuer. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer wurde vergessen. Bei der Vermögensteuer geht es im Übrigen nicht um eine Erhöhung, sondern um ihre Wiedereinführung in einer bestimmten Höhe.

Obwohl die Höhe der Steuerforderungen unbestimmt ist, sollen sie dem Aufruf nach trotzdem, unabhängig von ihrer Höhe, eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten bewirken. Von einer "Umverteilung", d.h. einer Umkehr der Verhältnissen, kann man unserer Meinung nach erst dann sprechen, wenn sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter öffnet, sondern ein Stück schließen würde. Auch erhebliche Steuererhöhungen würden aber allenfalls dazu führen, dass die Schere nicht mehr so schnell auseinandergeht wie vorher. Die Organisatoren der Demonstration scheinen zu glauben, dass jeder Euro, den die Oberen mehr an Steuern zahlen müssen, allein schon eine "Umverteilung" wäre. Auch hier wieder eine vollmundige Übertreibung der Wirkung von (auch noch in ihrer Höhe unbestimmten) Forderungen.

Die dem Aufruf nach wichtigste Forderung, wie "die Verursacher" die Krise zahlen sollen, ist wohl die: "Finanzsystem regulieren und kontrollieren, Banken vergesellschaften und Spekulationsgeschäfte verbieten". Sie sollen mit einem Verlust ihrer Verfügungsmacht über die Finanzmittel und einem Verbot von Spekulationsgeschäften zahlen.

Die Vergesellschaftung von Banken zu fordern, bedeutet zum gegenwärtigen Zeitpunkt, ihre Verstaatlichung zu fordern. Der Staat ist der Repräsentant der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Die einzige Bank, die bisher vergesellschaftet wurde, ist die Hypo Real Estate. Diese von der Deutschen Bank betriebene Verstaatlichung bedeutet die Vergesellschaftung der Verluste dieser Bank und die Rettung der Gläubiger auf Staatskosten. Wer die Vergesellschaftung der HRE befürwortet, setzt sich, ohne es zu wollen, dafür ein, dass die Verursacher der Krise **nicht** für ihre Krise zahlen sollen.

Die Forderung nach Kontrolle und Regulierung des Finanzsystems über den Staat übersieht, dass umgekehrt das Problem eben darin besteht, dass das

Finanzsystem den Staat kontrolliert und reguliert. Das geschieht schon allein über die Staatsschulden, die eine Art "Privatisierung des Staates" bewirken, je umfangreicher sie sind. Der Staat versucht, die Finanzmärkte zu "kontrollieren", indem er das Finanzkapital vor den Folgen der Überproduktion von Kapital zu bewahren sucht. Eine Kontrolle von Märkten zu verlangen, steht auf derselben Stufe wie den repressionsfreien Staat zu fordern. Märkte sind ihrer Natur nach unkontrollierbar, da auf ihnen die Summe von Privat- und Sonderinteressen an Profit zusammenkommt, die im Ergebnis zu unkontrollierbaren Folgen führen.

Spekulationsgeschäfte verbieten zu wollen, ist auch unserer Meinung nach nicht falsch. Die Forderung müsste jedoch präzisiert werden. Kredite zu bündeln und verbrieft weiter zu verkaufen ist spekulativ, da man darauf wettet, dass die Kredite auch bedient werden. Sollen Verbriefungen verboten werden? Soll es verboten werden, Kredite über CDS zu versichern, ohne dass die Versicherer das notwendige Eigenkapital aufweisen müssen? Die normale Geschäftstätigkeit des Kapitals ist von Wetten nur schwer zu unterscheiden. Jeder Kredit schließt die Spekulation darauf ein, dass er zurückgezahlt wird, jede Investition ist insoweit spekulativ, als nicht feststeht, ob sie sich lohnt. Das Grundproblem, das zu Krisen führt, ist die unabweisbare Notwendigkeit für Kapital, sich durch Anlagen und Investitionen zu verwerten. Ein Überschuss an Kapital, als notwendige Folge der Realwirtschaft, beflügelt die Spekulation und damit die Unkontrollierbarkeit der "Märkte".

Wir sind für konkrete Forderungen, die darauf abzielen, dass der Verursacher der Krise, d.h. das Kapital, zahlen muss.

Dazu gehören z.B. die Absicherung von Bankgeschäften mit erheblich mehr Eigenkapital. Wir denken an mindestens zehn Prozent der Bilanzsumme.

Dazu gehört die Forderung nach einer Abgabe seitens Banken und Industrie, mit der alle auf den Staat abgewälzten Verluste der Gläubiger in Folge der Rettung der HRE, der Commerzbank usw. sowie des griechischen Staates und anderer Euro-Staaten von den Gläubigern bezahlt werden. Nicht nur von den Gläubigern, sondern auch von der Industrie Deutschlands, die mit der Einführung des Euro eine wichtige Waffe in die Hand bekommen hat, ihre Konkurrenten niederzukonkurrieren.

## Zum allgemeinen Teil des Aufrufs

Der allgemeine Teil des Aufrufs ist unseres Erachtens oberflächlich. Er tendiert dazu, den Staat und seine "Umverteilungs"politik zur Hauptursache der Krise zu machen. Die ökonomischen Ursachen (Überproduktion von Waren und Kapital) werden ausgeblendet bzw. in dem Begriff "Profitlogik" versteckt. Die Logik besteht aber nicht aus subjektiven ideologischen und politischen Bedingungen, sondern aus den objektiven sachlichen Gesetzen der Kapitalverwertung auf der Basis privater Eigentumsverhältnisse, der daraus entspringenden Konkurrenz und der Produktion für den Markt.

Der zentrale Aufruf konstatiert im allgemeinen Teil ...

Riesengewinne bei der Deutschen Bank, Sektkorken knallen. Aufschwung also? Die Gewinne beruhen u.a. auf billigem Zentralbankgeld, mit dem der Eigenhandel finanziert und an Staatsschulden verdient wird usw. Die Gewinne sind auf Sand gebaut. Die miserable Lage der Industrie wird "vergessen".

"Gewinne können wieder (???) privat aufgehäuft werden". Wo ist die Zeit, in der das nicht galt?

Die Verluste wurden sozialisiert. Richtig. Aber wie? Z.B. über die Rettung der HRE. Die wird aber befürwortet (siehe Forderung "Banken vergesellschaften").

500 Mrd. Euro für die Rettung der Banken mobilisiert. Bisher wurden die jedoch noch nicht ausgeworfen, sondern real knapp 150 Mrd. Euro, überwiegend Bürgschaften ( die im "Bankenrettungsgesetz" benannten 480 Mrd. Euro stellen lediglich den finanziellen Rahmen dar, der bei entsprechendem Bedarf zur Verfügung gestellt werden würde).

Millionen Menschen müssen "damit rechnen", dass die Krise auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Kurz danach steht richtigerweise, dass die Krise das schon bewirkt hat.

*"Die kapitalistische Profitlogik und massive Umverteilung von Unten nach Oben, die eine wesentliche Ursache für die Krise sind, sollen auch die Basis für den erhofften Aufschwung bilden"*. Es handelt sich um eine kapitalistische Krise. Um was sonst? Wie aber führt die Profitlogik zu Krisen? Da es keine weiteren Ausführungen dazu gibt, wird der Eindruck erweckt, als ob auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse auch eine andere Logik als die der kapitalistischen Profitlogik eingebaut werden könnte.

Die Steuer- und Sozialpolitik des Staat ist keine mit der "Profitlogik" gleichwertige Krisenursache. Sie ist selbst wiederum Ausdruck der "Profitlogik" des Kapitals. Die Veränderung der Verhältnisse ist nicht in erster Linie Produkt einer falschen Politik, sondern die notwendige Wirkung der Produktionsverhältnisse, der Konzentration des Kapitals und der gesunkenen Nachfrage nach Arbeitskraft, eine Wirkung der ökonomischen Logik des Kapitals.

Es wird beklagt, dass der Kapitalismus die Basis für den erhofften Aufschwung

sein soll. Was soll es sonst sein? Wirtschaftsverbände und Regierung setzen dem Aufruf nach auf das Exportmodell und den Neoliberalismus. Kann man das Modell austauschen? Soll der "Neoliberalismus" etwa in dem massiven Versuch bestehen, die Wirkungen der Produktion für den Markt mit Hilfe bisher nie gesehener Staatseingriffe abzufangen? Soll die Sozialisierung der Verluste, die richtig konstatiert wird, eine "Wiederbelebung" des Neoliberalismus sein?

Der schwammige Aufruf fördert die Auffassung, dass die Politik der Umverteilung von Unten nach Oben das entscheidende Problem sei. Das entscheidende Problem ist jedoch nicht die Politik, die Regierung und die sie bildenden Parteien, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst. Das müsste unserer Meinung nach herausgearbeitet werden. Der Aufruf leistet das nicht.

Angemerkt sei schlussendlich zur Klarstellung, dass wir – im Interesse eines möglichst breiten Bündnisses zur Durchsetzung konkreter Forderungen gegen das Kapital - nicht der Meinung sind, dass ein Appell zur Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in einen Bündnisaufruf gehört. Genauso wenig darf aber ein Bündnisaufruf Positionen Platz geben, die die Möglichkeit einer "solidarischen", "sozial gerechten", "menschenwürdigen" Gesellschaft auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse behaupten.

Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)

Frankfurt, den 25. Juni 2010

Kontakt: Michael Köster, Schumannstr. 51, 60325 Frankfurt, Tel. 069/74 01 69  
[info@rmb-ffm.de](mailto:info@rmb-ffm.de)  
<http://www.rmb-ffm.orgmailto:info@rmb-ffm.de>